

Die Demokratisierung von Arbeit – permanente Herausforderung für die Sozialpartnerschaft und ihre Erforschung

Von Bettina Kohlrausch*

Zusammenfassung

Der Artikel untersucht die Rolle industrieller oder wirtschaftlicher Staatsbürgerrechte für die Demokratisierung von Arbeit. Erwerbsarbeit als zentraler Ort gesellschaftlicher Integration prägt die Einstellungen von Individuen zur Demokratie. Die Erfahrungen, die im Kontext von Erwerbsarbeit gemacht werden und die Handlungsspielräume, die Erwerbsarbeit Erwerbstätigen eröffnet, strukturieren die materielle, soziale und demokratische Teilhabe. Viele empirische Studien zeigen, dass alle drei Aspekte mit anti-demokratischen Einstellungen in Verbindung stehen. Menschen, denen Erwerbsarbeit materielle Teilhabe ermöglicht, die im Kontext von Erwerbsarbeit soziale Anerkennung erfahren und die dort die Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung erleben, neigen seltener zu anti-demokratischen Einstellungen. Forschungsbedarf besteht bei der Frage, welche Rolle die Institutionen der Mitbestimmung, insbesondere die Betriebsräte hierbei spielen.

Summary

The article examines the role of industrial or economic citizenship rights for the democratization of work. Gainful employment as a central place of social integration shapes individuals' attitudes towards democracy. The experiences that are made in the context of gainful employment and the scope for action that gainful employment opens up for workers structure material, social and democratic participation. Many empirical studies show that all three aspects are associated with anti-democratic attitudes. People for whom gainful employment enables material participation, who experience social recognition in the context of gainful employment and who experience the opportunities for democratic co-determination there, tend to have less anti-democratic attitudes. There is a need for research into the role played by the institutions of co-determination, in particular works councils.

JEL classification: J5

Keywords: industrial citizenship, democracy at work, works councils

* Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, E-Mail: Bettina-Kohlrausch@boeckler.de

1. Einleitung

Aus Sicht der Gewerkschaftsbewegung war die Demokratisierung von Arbeit schon immer ein wichtiges Ziel und zentraler Bestandteil der Demokratisierung der Gesellschaft. So heißt es in den Wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Oktober 1949: „Die Erfahrungen der Jahre 1918 – 1933 haben gelehrt, dass die formale politische Demokratie nicht ausreicht, eine echte demokratische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Die Demokratisierung des politischen Lebens muss deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden.“ (zitiert aus Schneider 1989, S. 459) Die Gewerkschaften haben damals – und zwar mit dem expliziten Hinweis auf die Erfahrungen der Entstehung des Nationalsozialismus – das Betriebsverfassungsgesetz als einen Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft verstanden. Die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche galt als Schutz vor antidemokratischen Strukturen, die – so ist der Verweis auf die Weimarer Republik zu lesen – auch in formal demokratischen Staaten so stark werden können, dass sie die demokratische Ordnung von innen heraus zerstören. Dieses Zitat zeigt, wie weitreichend die Idee der Demokratisierung von Arbeit war und ist und welche umfangreichen gesellschaftspolitischen Erwartungen sich damit verbunden haben und immer noch verbinden.

Dieser Text entsteht zu Beginn des Jahres 2024, an dem die demokratische Öffentlichkeit ängstlich, aber auch hilflos auf die diesjährigen Wahlen in Ostdeutschland und in Europa schaut. Die Option, dass die AfD aus diesen Wahlen in Teilen Ostdeutschland als stärkste Kraft hervorgeht, ist eine reale Gefahr geworden. Durch das Erstarken der in Teilen als gesichert rechtsextrem eingestufte AfD gewinnt die Frage nach Strukturen, die demokratische Einstellungen dauerhaft stärken, an Dringlichkeit. In diesem Zusammenhang gerät auch die Erwerbsarbeit in den Blick. Erwerbsarbeit ist ein zentraler Mechanismus sozialer Integration. Dort erfahren Menschen nicht nur materielle Teilhabe, sondern auch soziale Anerkennung und sehr konkret die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe (Kohlrausch 2022). Es gibt einen breiten Fundus an empirischer und theoretischer sozialwissenschaftlicher Forschung, die zeigt, dass diese Erfahrungen positiv mit der Festigung demokratischer Einstellungen in Zusammenhang stehen. Zuletzt formulierte Axel Honneth die These, „dass das Profil der Arbeitstätigkeit die Bereitschaft und Fähigkeit zur Teilnahme an Praktiken demokratischer Willensbildung stark beeinflusst.“ Gleichzeitig kann Erwerbsarbeit ein Kontext sein, in dem der Verlust oder die Bedrohung sozialer Anerkennung und materielle Teilhabe erlebt wird. In diesen Anerkennungsbedrohungen bzw. -verlusten sieht Heitmeyer eine wichtige Ursache der Entstehung rechtsextremer Einstellungen (Heitmeyer 2018, S. 148).

Unter welchen Bedingungen kann Erwerbsarbeit also ein Ort sein, an dem demokratische Einstellungen gefestigt und rechtsextreme Einstellungen zurück-

gedrängt werden? Diese Frage zu beantworten, ist auch für die Gestaltung von Sozialpartnerschaft und ihre Erforschung eine zentrale Herausforderung. In dem folgenden Beitrag möchte ich zunächst den empirischen und konzeptionellen Stand der Forschung zusammentragen, um in einem abschließenden Schritt Forschungslücken und Herausforderungen zu formulieren, die sich daraus ergeben.

2. Forschungsstand

2.1 Industrielle Staatsbürgerrechte oder die Demokratisierung von Arbeit

Die Organisation von Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen ist nach wie vor von der Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit bestimmt. Dieser Widerspruch prägt das Erleben und Leben von Staatsbürger*innen in demokratischen Systemen mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung. Denn die formale Gleichheit, die zivile und politische Bürgerrechte vor dem Gesetz und in der politischen Repräsentation garantieren (Marshall 2000), steht im Widerspruch zu der existierenden ökonomischen Ungleichheit, die dem Kapitalismus immanent ist. Anders ausgedrückt:

„Der individuelle Bürgerstatus und die mit ihm verbrieften Ansprüche auf Gleichheit und demokratische Entscheidungsfindung gelten zwar in der politischen Sphäre, geraten aber in der Wirtschafts- und Arbeitswelt schnell an ihre Grenzen. (...) Zentrale Entscheidungen im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt sind der Einflussnahme der Arbeitenden entzogen.“

(Kiess/Schmidt 2020, S. 120) Aus der marktförmigen Organisation von Erwerbsarbeit ergeben sich Verteilungskonflikte und Machtungleichgewichte, die den „rechtlich kodifiziert“ gleichgestellten Individuen (Mackert/Müller 2000, S. 15) faktisch sehr ungleiche Handlungsspielräume eröffnen¹. Axel Honneth (2023, S. 81 ff.) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die Erfahrungen, die Erwerbstätige im Erwerbskontext machen, für diese auch im Hinblick auf ihre Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation sehr prägend sind, weil sie sich auf die Befähigung von Individuen auswirkten, an der Demokratie teilzuhaben. Damit weisen sie weit über das gesellschaftliche Feld der Erwerbsarbeit hinaus: „Die in demokratischen Regimen geforderte Mitwirkung aller Gesellschaftsmitglieder an den politischen Entscheidungen verlangt aus sich heraus, die Bedingungen, unter denen gearbeitet wird, normativen Regeln zu unterwerfen, die es jedem und jeder Beschäftigten erlauben, von seinem und ihrem Mit-

¹ Man kann an dieser Stelle natürlich diskutieren, inwieweit Erwerbsarbeit tatsächlich marktförmig organisiert ist. Schließlich gibt es viele vorkapitalistische und vordemokratische, eher ständische und patriarchale Strukturen, die den Allokationsmechanismus des Arbeitsmarktes bis heute prägen.

bestimmungsrecht auch tatsächlich Gebrauch zu machen.“ (Honneth 2023, S. 80)

Honneth nennt fünf Voraussetzungen demokratischer Partizipation, die im Kontext von Erwerbsarbeit geschaffen werden: Erstens wirtschaftliche Unabhängigkeit, die materielle Sicherheit, aber auch die kollektive und individuelle Verhandlungsmacht einschließt, diese dauerhaft sicherzustellen. Zweitens ausreichend arbeitsfreie Zeit, um an demokratischen Prozessen teilhaben zu können. Dies meint nicht nur die Zeit, die es für die unmittelbare demokratische Partizipation braucht, sondern auch die Zeit zur Erholung, um die notwendigen Ressourcen, die demokratische Teilhabe erfordert, überhaupt gewinnen zu können. Drittens betont er die große Bedeutung sozialer Anerkennung:

„Es liegt auf der Hand, dass es alles andere als leicht ist, ein stabiles Selbstwertgefühl auszubilden, wenn die eigene Arbeit (...) in die unteren Ränge einsortiert wird – mit entsprechenden negativen Folgen seitens der Fähigkeit, die eigenen Überzeugungen in der demokratischen Öffentlichkeit ohne innere Nöte zur Geltung zu bringen.“ (ebd. S. 102).

Viertens nennt er die Einübung demokratischer Praktiken im Arbeitskontext und fünftens „die intellektuelle Dichte der zu leistenden Arbeit“ (ebd. S. 113), die auch die intellektuellen Fähigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit prägt.

Auch Schwurow (2023) analysiert die Erfahrungen, die das demokratische Subjekt im Rahmen von Erwerbsarbeit macht und welche Auswirkungen diese Erfahrungen auf die Einstellungen der Erwerbstätigen zur Demokratie haben. Er stellt den Begriff der „Würde“ ins Zentrum seiner Überlegungen und argumentiert, dass die marktförmige Organisation von Erwerbsarbeit zwangsläufig mit der Erfahrung von Würdeverletzung verbunden ist. Konkret bedeutet dies das Erleben von institutioneller Demütigung, zum Beispiel durch ausufernde Arbeitszeiten, den Mangel an Kontrolle über das eigene Handeln im Arbeitskontext oder fehlende langfristige soziale Sicherheit. Demgegenüber stehen jedoch Strategien der Aufrechterhaltung von Würde – auch unter widrigen Umständen. Dazu gehört zum Beispiel die Schaffung von Autonomie im eigenen konkreten Arbeitsumfeld, Produktionsstolz, also der Stolz auf die eigene Arbeitsleistung, oder Solidarität mit Kolleg*innen (vgl. Schwuchow 2023). Auf Grundlage eigener empirischer Analysen macht Schwuchow (2023) deutlich, dass der Kampf um Würde im Arbeitskontext und die damit verbundenen Demütigungserfahrungen maßgeblich für die Entstehung anti-demokratischer Einstellungen sind.

Die Einhegung des Widerspruchs zwischen der marktförmigen Regulierung von Erwerbsarbeit und der demokratischen Ausgestaltung der zivilen und demokratischen Sphäre der Gesellschaft ist zentraler Gegenstand sozialpartnerschaftlicher Auseinandersetzungen und der sozialpartnerschaftlichen Regulierung von Arbeit. Die von Gewerkschaften erkämpfte Einführung des Betriebs-

verfassungsgesetzes und der Tarifautonomie sowie die Absicherung von Erwerbsarbeit durch die Sozialversicherung sind einerseits Beispiele für die Etablierung demokratischer Rechte in der Sphäre der Erwerbsarbeit, andererseits Mechanismen der Dekommodifizierung von Arbeit (Esping-Andersen 2020). Kollektive und individuelle Rechte, die in der Sphäre der Ökonomie bzw. der Erwerbsarbeit angesiedelt sind und Erwerbstätige vor der Macht des Marktes schützen, also letztlich den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit regulieren und abmildern, bezeichnet Marshall als „industrielle Staatsbürgerrechte“. „In Deutschland werden die industriellen Bürgerrechte etwa durch direkte Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten, die Tarifautonomie, die Etablierung der Institutionen der Betriebsräte sowie der Unternehmensmitbestimmung verkörpert“ (Brinkmann/Nachtwey 2017, S. 21). Diese Rechte (Nachtwey/Seeliger 2020) fußen somit auf bzw. sind eng verwoben mit spezifischen Formen des solidarischen Ausgleichs, die auf kollektiven Regelungen beruhen, aber auch besondere Akteurskonstellationen wie die Sozialpartnerschaft voraussetzen (vgl. Kohlrausch et al. 2019, S. 13). Eine weitere Besonderheit ist daher, dass industrielle Staatsbürgerrechte Erwerbsarbeit sowohl der Macht des Marktes als auch der des Staates entziehen. Denn sowohl die Mitbestimmung als auch die Sozialversicherungen sind letztlich außerstaatliche Instrumente der Regulierung von Erwerbsarbeit. Industrial Citizenship kann daher als Element der Vergesellschaftung von Erwerbsarbeit selbst verstanden werden (Kohlrausch 2022).

Fudge (2005, S. 636) benennt außerdem Regelungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Schutz vor unternehmerischer Willkür, Arbeitszeitregelungen sowie soziale Absicherung im Alter und im Falle von Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit – also Rechte, die im Rahmen sozialstaatlicher Instrumente, in Deutschland insbesondere durch Instrumente der Sozialversicherungen, gewährleistet werden. Industrielle Staatsbürgerrechte leiten sich also aus verschiedenen rechtlichen Regelungskreisen ab und kommen Beschäftigten in unterschiedlichem Ausmaß zugute². Dies bedeutet jedoch nicht, dass lediglich Beschäftigte mit weitreichenden Mitbestimmungsrechten in den Genuss industrieller Staatsbürgerrechte kämen. Gerade wenn man sich in Anlehnung an Mackert und Müller (2000, S. 16) die Perspektive zu eigen macht, dass industrielle Staatsbürgerrechte nicht nur einen Status, sondern auch eine soziale Praxis definieren, so können Beschäftigte auch dort partizipativ in betriebliche Kontexte eingebunden sein, wo keine formal festgelegten Mitbestimmungsrechte existieren.

² So profitieren beispielsweise auch Beschäftigte in Betrieben ohne betriebliche Mitbestimmung von den gesetzlichen Regelungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes oder Leistungen der Sozialversicherung. Letztere wiederum kommen nur den Beschäftigten zugute, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Für Solo- oder Scheinselbstständige besteht nur eine beschränkte Versicherungspflicht, sodass sie – selbst im Falle eigeninitiativ gezahlter Versicherungsbeiträge – keinen vollumfänglichen Schutz genießen und somit nur rudimentäre soziale Rechte haben.

Industrielle Staatsbürgerrechte beschreiben somit ein spezifisches Bündel von kodifizierten individuellen und kollektiven Rechten sowie von Konventionen und sozialen Praktiken (Brinkmann/Nachtwey 2017, S. 20 mit Verweis auf Fudge 2005). Sie haben eine formale und informelle Dimension, sie schaffen durch institutionelle Rahmenbedingungen individuelle Handlungsspielräume und strukturieren darüber hinaus das subjektive Erleben von Erwerbsarbeit. Zentrales Argument dieses Beitrages ist, dass industrielle Staatsbürgerrechte gesellschaftliche Teilhabe, man könnte auch von gesellschaftlicher Integration sprechen, in drei Dimensionen ermöglichen.

Sie schaffen Möglichkeiten der *materiellen gesellschaftlichen Teilhabe*, weil die durch die Tarifautonomie gesicherte kollektive Interessenvertretung in der Regel einen angemessenen Lebensstandard garantiert. Die Sozialversicherung sichert Erwerbsarbeit über die eigentliche Erwerbsphase hinaus ab und schafft dauerhafte Sicherheitsperspektiven.

Möglichkeiten der *demokratischen Teilhabe* werden insbesondere durch die betriebliche Mitbestimmung und generell durch Mitsprachemöglichkeiten im Arbeitskontext geschaffen. Damit wird Erwerbsarbeit zu einem Ort demokratischer Sozialisation. Die sogenannte Spillover-These (Pateman 1970, siehe Mays 2018, S. 421) geht davon aus, dass ein „durch berufliche Beteiligung verbessertes Gefühl der Selbstwirksamkeit [...] sich auf andere Lebensbereiche“ überträgt und „den Wunsch nach breiter Partizipation auch in Gesellschaft und Politik“ (ebd.) fördert. Kiess und Schmidt (2020) argumentieren hingegen auf Grundlage eigener empirischer Erhebungen zur Bedeutung des Industrial Citizenship für die Stärkung der Demokratie, dass, wenn es gelingt, „dem arbeitsweltlichen Ohnmachtserleben“ Erfahrungen „kollektiver Wirksamkeit und politischer Gestaltung“ entgegenzusetzen, dies mittelfristig „zu einer Stärkung der Solidarität untereinander, der individuellen demokratischen Einstellung sowie auch der gewerkschaftlichen Mobilisierungsfähigkeit führen“ (ebd. S. 144) könnte. Es geht somit nicht nur um demokratische Sozialisation, sondern auch um demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung. Mit der Inanspruchnahme der Kollektivrechte, zum Beispiel im Falle von Arbeitskämpfen oder Engagement im Betriebsrat, verbinden sich ganz konkrete Erfahrungen gelebter solidarischer Praxis. Dieser Argumentation folgend besteht die Sozialisationsleistung industrieller Staatsbürgerrechte nicht nur in der Einübung demokratischer Praktiken, sondern auch über die Erfahrung, soziale Rechte in kollektiven Zusammenhängen einzufordern und zu erlangen. Kiess et al. (2023, S. 15) argumentieren in diesem Zusammenhang, dass das Erleben von Selbstwirksamkeit bei der Gestaltung des eigenen Arbeitsumfeldes nicht zwingend an das Vorhandensein formaler Mitbestimmungsrechte gebunden sein muss.

Und schließlich schaffen sie auch Möglichkeiten der *sozialen Teilhabe*. Soziale Teilhabe ist ein schwierig zu fassendes Konzept und wird für die hier eingenommene Analyseperspektive folgendermaßen definiert: Es umfasst auf der konkre-

ten und praktischen Erfahrungsebene Dimensionen von „Vergemeinschaftung“ (Heitmeyer 2018, S. 149). Auf der subjektiven Wahrnehmungsebene schließt soziale Teilhabe Aspekte „sozialer Anerkennung“ und „positionale Anerkennung“ ein, (Heitmeyer 2018, S. 149) insbesondere das Erleben von Solidarität und Zugehörigkeit. Hierzu gehören auch, die Anerkennung von Fähigkeiten, sowie „emotionale Anerkennung“, die psychische und soziale Stabilität sichert. Im Rückgriff auf Schwuchow (2023) scheinen im Kontext von Erwerbsarbeit vor allem jene Erfahrungen mit sozialer Anerkennung verbunden zu sein, die der Erfahrung der Verletzung von Würde etwas entgegensetzen. Dies sind Erfahrungen von Selbstwirksamkeit. Hierzu gehört sicherlich auch die von Honneth thematisierte Notwendigkeit, Erwerbsarbeit als „intellektuell stimulierend“ zu erleben. Es ist naheliegend, dass kollektive Interessenvertretung im Kontext von Tarifautonomie und Betriebsverfassung Selbstwirksamkeitserfahrungen sowie gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Interessen und Werte schafft und damit Erfahrungen sozialer Teilhabe ermöglicht.

Industrielle Staatsbürgerrechte strukturieren somit zentrale Erfahrungsdimensionen, die, wie Honneth (2022) annimmt, die Befähigung zur demokratischen Teilhabe in der Gesellschaft ermöglichen. Es ist somit davon auszugehen, dass das Vorhandensein von bzw. das Ausmaß der industriellen Staatsbürgerrechte, auf die Erwerbstätige Zugriff haben, ihr Verhältnis zum demokratischen System prägen. Personen mit mehr industriellen Staatsbürgerrechten sollten demnach der Demokratie insgesamt positiver gegenüberstehen. Im folgenden Abschnitt wird diese Annahme anhand von empirischen Studien überprüft.

2.2 Wie schützen industrielle Staatsbürgerrechte die Demokratie – ein Überblick über den empirischen Forschungsstand

Industrielle Staatsbürgerrechte und materielle Teilhabe

Personen, die in tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sind in vielen Dimensionen materiell besser abgesichert als Beschäftigte in vergleichbaren Positionen in Beschäftigungsverhältnissen ohne Tarifbindung. Insbesondere die Tarifautonomie und die betriebliche Mitbestimmung sichern somit materielle Teilhabe. Die Forschung zu anti-demokratischen Einstellungen belegt einen deutlichen Zusammenhang zwischen materieller Teilhabe, insbesondere dem Einkommen, aber auch subjektiven finanziellen Belastungen und Sorgen und der Haltung zur Demokratie. So zeigen Hövermann et al. (2022, S. 26) einen signifikanten Konnex zwischen der Höhe des Haushaltseinkommens und anti-demokratischen Einstellungen. Die sogenannte „Mitte-Studie“ kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass einkommensschwächere Personen rechtsextremen Einstellungen häufiger zustimmen als einkommensstärkere Personen (Zick/Mokros 2023, S. 78). Belegt ist auch der Zusammenhang zwischen der

subjektiven Arbeitsplatzsicherheit und der Bereitschaft AfD zu wählen (siehe Grafik 1). Hövermann (2022) stellt zudem eine Kausalität zwischen finanziellen Sorgen und politischer Entfremdung fest, die wiederum Verschwörungsdenken im Ukraine-Krieg und die Abwertung Geflüchteter aus der Ukraine – beides Aspekte rechtsextremen Gedankenguts, – befeuern. Generell ist der Zusammenhang zwischen großen finanziellen Sorgen und Belastungen und einem geringen Vertrauen in staatliche Institutionen, insbesondere in die Bundesregierung, durch mehrere Wellen der Erwerbspersonenbefragung des WSI gut belegt (Emmler 2023; Spannagel/Brülle 2023). Ebenso nachgewiesen ist, dass geringes Institutionenvertrauen oft mit anti-demokratischen Einstellungen einhergeht (Hövermann 2022; Spannagel/Brülle 2023).

Industrielle Staatsbürgerrechte und soziale Teilhabe

Auf Grundlage des in Kapitel 2 skizzierten Zusammenhanges zwischen Erwerbsarbeit und Würde entwickelt Schwuchow eine Skala „Arbeit und Würde“, die auch in der neunten Welle der Erwerbspersonenbefragung des WSI (Emmler 2023) abgefragt wurde. Sie umfasst wesentliche Dimensionen sozialer Teilhabe, insbesondere Solidarität, also „Vergemeinschaftung“ (Ich kann Unterstützung und Hilfe von meinen Kollegen bekommen.), Anerkennung von Fähigkeiten, also „positionale Anerkennung“ (Mein Arbeitgeber sieht nicht, was ich für den Betrieb/die Dienststelle leiste. / Wenn ich an meinen Einsatz und all die erbrachten Leistungen meiner beruflichen Tätigkeit denke, halte ich meinen Lohn für angemessen.), aber auch Strategien der Aufrechterhaltung von Selbstwirksamkeit, z. B. stolz auf die eigene Leistung zu sein oder die eigene Arbeit als abwechslungsreich, also als intellektuell stimulierend zu erleben. Grafik 1 zeigt, dass Menschen, die Erfahrungen sozialer Anerkennung im Erwerbskontext machen, seltener AfD wählen. Menschen, die im Arbeitskontext Solidarität erfahren, ihre Arbeit als abwechslungsreich erleben und selbst entscheiden können, wie sie ihre Arbeit in ihrem konkreten Arbeitsumfeld organisieren und gestalten, zeigen zudem seltener anti-demokratische Einstellungen (Hövermann et al. 2021a, S. 5).

Industrielle Staatsbürgerrechte und demokratische Teilhabe

Zur Frage der demokratischen Teilhabe zeigt die empirische Forschung ein gemischtes Bild. Eindeutig ist, dass konkrete Mitsprachemöglichkeiten im Arbeitsumfeld demokratische Einstellungen befördern und die Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen, verringern (Hövermann et al. 2021, 2021a; Kiess et al. 2023). Uneindeutiger sind die Befunde im Hinblick auf die Existenz eines Betriebsrates und einer Tarifbindung. Hövermann (2023) stellt fest, dass AfD-Wähler*innen sogar etwas häufiger in Betrieben mit Betriebsräten und Er-

werbsverhältnissen mit Tarifbindung arbeiten. Dies passt zu dem Befund, dass Gewerkschaftsmitglieder überproportional häufig AfD wählen, ein Zusammenhang, der allerdings auf Kompositionseffekte zurückzuführen ist (Kohlrausch/Schwuchow 2024). Kiess et al. (2023) kommen hingegen zu dem Ergebnis, dass es in Ostdeutschland einen positiven Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein eines Betriebsrates und positiven Einstellungen zur Demokratie gibt. Sowohl Hövermann et al. (2022a) als auch Kiess et al. (2023) zeigen, dass das Vorhandensein von Betriebsräten (bei Hövermann 2023 et al. auch Tarifbindung) mit mehr industriellen Staatsbürgerrechten und auch subjektiv wahrgenommenen Mitsprachemöglichkeiten im Arbeitskontext einhergehen. Bisher wurde jedoch kein direkter Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Betriebsräten *und* Tarifbindung und positiven Einstellungen zur Demokratie nachgewiesen. Erste Analysen von Hövermann (2023) verweisen darauf, dass dies mit der konkreten Ausgestaltung der Betriebsratsarbeit in den jeweiligen Betrieben zusammenhängen könnte. So zeigt sich, dass AfD-Wähler*innen deutlich häufiger mit der Arbeit ihres Betriebsrates unzufrieden sind. Die Daten geben jedoch keinen Aufschluss darüber, woraus sich diese Unzufriedenheit speist und belegen auch keinen kausalen Zusammenhang.

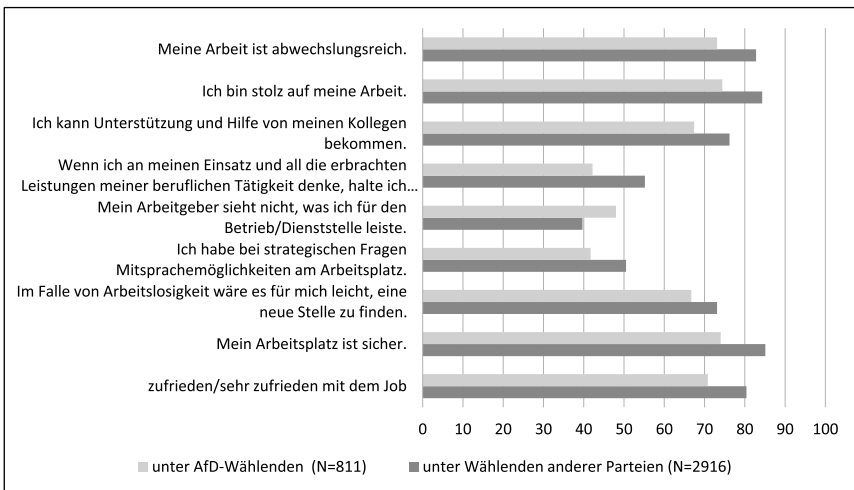


Abbildung 1: Würderrfahrungen im Erwerbkskontext und Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen

Quelle: Hövermann 2023, S. 17.

3. Fazit

Dieser Artikel diskutiert die Rolle der Sozialpartnerschaft für die Demokratisierung von Arbeit und zeigt auf Grundlage der Systematisierung von empirischen Befunden zum Zusammenhang von Demokratie und Erwerbsarbeit, dass Erwerbsarbeit ein Kontext ist, in dem Einstellungen zur Demokratie geprägt werden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist Honneths Argument, dass Erwerbsarbeit individuelle Handlungsspielräume eröffnet oder verschließt, die auch außerhalb der Erwerbsarbeit Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe strukturieren. Die Begrenzung oder Erweiterung von individuellen Handlungsspielräumen ist dabei nicht zuletzt durch die Institutionen der Sozialpartnerschaft, insbesondere die Tarifautonomie und betriebliche Mitbestimmung, bestimmt. Tarifautonomie und betriebliche Mitbestimmung ebenso wie sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Schutzmechanismen befähigen Erwerbspersonen dazu, der Macht des Marktes eigene Autonomieansprüche entgegenzustellen. Mit dem Begriff der industriellen Staatsbürgerrechte werden in diesen Zusammenhang jene Rechte beschrieben, die mit dem Status der Erwerbstätigkeit verbunden sind und Individuen in im Wesentlichen durch Marktmechanismen strukturierten Sphäre der Erwerbsarbeit eben jene Autonomieansprüche garantieren.

Die in diesem Beitrag zusammengetragene empirische Forschung zeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und Einstellungen zur Demokratie gibt. Je stärker Erwerbsarbeit Erwerbspersonen materielle Teilhabe, demokratische Mitbestimmung und soziale Anerkennung garantiert, desto seltener neigen Menschen zu anti-demokratischen Einstellungen. Diese Formen der Teilhabe werden durch industrielle Staatsbürgerrechte maßgeblich strukturiert. Mit der Unterscheidung zwischen materiellen, sozialen und demokratischen Teilhabemöglichkeiten, die durch die industriellen Staatsbürgerrechte geschaffen werden, wird in diesem Beitrag eine konzeptionelle Differenzierung möglicher Wirkungskanäle zwischen der Schaffung industrieller Staatsbürgerrechte und der Festigung demokratischer Einstellungen entwickelt.

Die empirischen Befunde legen daher den Schluss nahe, dass je ausgeprägter industrielle Staatsbürgerrechte am Arbeitsplatz sind, desto größer auch die Zustimmung zur Demokratie ist. Bisher ist dieser Zusammenhang jedoch noch nicht final als kausaler Zusammenhang modelliert und belegt worden. Die empirische Forschung zeigt zwar, dass demokratische Einstellungen mit den genannten Teilhabemöglichkeiten im Kontext von Erwerbsarbeit in Zusammenhang stehen, es ist aber noch nicht klar, wie genau diese Teilhabemöglichkeiten durch die industriellen Staatsbürgerrechte strukturiert werden. Insbesondere die Rolle der betrieblichen Mitbestimmung und der Tarifautonomie ist empirisch noch nicht umfassend untersucht. So sind die empirischen Befunde zum Zusammenhang zwischen Existenz eines Betriebsrates und antidemokratischen Einstellun-

gen uneindeutig. Hier gilt es empirisch genauer zu erfassen, wie betriebliche Mitbestimmung und Tarifautonomie konkreten Erwerbskontext tatsächlich wirkt und welchen Einfluss sie auf die subjektiven und objektiven Teilhabemöglichkeiten der Beschäftigten hat.

Der Artikel zeigt, dass das Konzept der industriellen Staatsbürgerrechte ein fruchtbare Analyseperspektive für die Erforschung der Sozialpartnerschaft sind. Es fehlt jedoch eine differenzierte empirische Operationalisierung des Konzepts, um den Zusammenhang zwischen diesen Rechten und Einstellungen zu Demokratie kausal analysieren zu können.

Literaturverzeichnis

- Brinkmann, U. und Nachtwey, O. (2017): Postdemokratie und Industrial Citizenship. Erosionsprozesse von Demokratie und Mitbestimmung. Weinheim.
- Brülle, Jan und Spannagel, D. (2023): Einkommensungleichheit als Gefahr für die Demokratie. WSI-Verteilungsbericht 2023. WSI Report Nr. 90, November 2023.
- Emmler, H. (2023): WSI-Erwerbspersonenbefragung, Welle IX: Fragebogen und Codebuch. WSI-Datenreport 01/2023, Düsseldorf.
- Esping-Andersen, G. (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism. New Jersey.
- Fudge, J. (2005): After Industrial Citizenship: Market or Industrial at Work?, *Industrial Relations* 60 (4), 631 – 656.
- Heitmeyer, W. (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1. Berlin.
- Hövermann, A. (2022): Verschwörungdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Energiekrise. Analysen anhand des Erwerbspersonenpanels der Hans-Böckler-Stiftung. WSI-Report Nr. 78, September 2022.
- Hövermann, A. (2023): Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel. WSI Report Nr. 92, November 2023.
- Hövermann, A., Kohlrausch, B. und Voss-Dahm, D. (2021): Anti-demokratische Einstellungen: Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsförderung Policy Brief Nr. 007, September 2021.
- Hövermann, A., Kohlrausch, B. und Voss-Dahm, D. (2021a): Anti-demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsförderung Policy Brief Nr. 007, September 2021.
- Honneth, A. (2023): Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit. Berlin.
- Kiess, J. und Schmidt, A. (2020): Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: Industrial Citizenship zur Stärkung der Demokratie, in: Decker, O. und Brähler, E. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität/ Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen, 119 – 148.

- Kohlrausch, B. (2018): Abstiegsängste in Deutschland: Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung Nr. 058, Februar 2018.
- Kohlrausch, B. (2022): Welche Rechte braucht der „arbeitende Souverän“? Ideen für eine Weiterentwicklung industrieller Staatsbürgerrechte, WSI-Mitteilungen 75 (4), 296–303.
- Kohlrausch, B., Schildmann, C. und Voss, D. (Hrsg.) (2019): Neue Arbeit – neue Ungleichheit. Folgen der Digitalisierung. Weinheim.
- Kohlrausch, B. und Schwuchow, T. (2024): Einstellungen zu Gewerkschaften. WSI-Report, im Erscheinen.
- Mackert, J. und Müller, H.-P. (2000): Der soziologische Gehalt moderner Staatsbürgerschaft. Probleme und Perspektiven eines umkämpften Konzepts, in: Mackert, J. und Müller, H.-P. (Hrsg.): Citizenship – Soziologie der Staatsbürgerschaft. Wiesbaden, 9–42.
- Marshall, T. (2000): Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, in: Mackert, J. und Müller, H.-P. (Hrsg.): Citizenship – Soziologie der Staatsbürgerschaft. Wiesbaden, 45–102.
- Mays, A. (2018): Fördert Partizipation am Arbeitsplatz die Entwicklung des politischen Interesses und der politischen Beteiligung?, Zeitschrift für Soziologie 47(6), 418–437.
- Nachtwey, O. und Seeliger, M. (2020): The transformation of Industrial Citizenship in the Course of European Integration, The British Journal of Sociology 71(5), 852–866.
- Schwuchow, T. (2023): Kampf um Würde in der Arbeit. Rechtspopulismus als Ausdruck eines moralischen Unrechtsempfindens. Baden-Baden.
- Zick, A. und Mokros, N. (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Zick, A., Küpper, B. und Mokros, N. (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn, 53–90.